

Textarchiv

Mai-Krawalle: Ermittler waren überlastet

Personalrat nimmt kritisierte LKA-Beamte in Schutz

Sabine Deckwerth

Der Berliner Anwaltsverein hat deutliche Kritik an den Ermittlungen gegen die Schüler Yunus K. und Rigo B. geübt. Wenn ein so schwerwiegender Vorwurf wie der des versuchten Mordes erhoben wird, müsse alles getan werden, dass die Ermittlungen auch gründlich, sorgfältig und zügig geführt werden, erklärte gestern der Vorsitzende des Anwaltsvereins, Ulrich Schellenberg. "Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Verdächtigen in Untersuchungshaft befinden, dann kommt es auf jeden Tag an." Die beiden Schüler saßen sieben Monate in Untersuchungshaft. Ihnen wurde vorgeworfen, am 1. Mai einen Molotowcocktail geworfen zu haben. Erst im Dezember ließ sie das Gericht frei, weil es keinen Tatverdacht mehr sah. Ein Ermittlungsführer vom Staatsschutz hatte am Montag Versäumnisse eingestanden und von einem "allgemeinen Tohuwabohu" bei der Polizei nach dem 1. Mai gesprochen.

Diese Versäumnisse dürften nicht einzelnen Beamten angelastet werden, erklärte gestern der Vorsitzende des Personalrates des Landeskriminalamtes, Werner Thronicker. Nach den Krawallen 2009 hätten 22 Beamte, die mit den Ermittlungen beschäftigt waren, allein im Mai mehr als 120 Überstunden angehäuft. Die Spitzenbelastung habe bei 263 Stunden gelegen. Der Krankenstand beim Staatsschutz sei zudem mit einer Quote von bis zu 15 Prozent überdurchschnittlich hoch. Der Personalrat fordere seit Jahren die LKA-Führung auf, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. (sd.)

IMPRESSUM KONTAKT MEDIADATEN

